



## **Kleine Anfrage**

des Abgeordneten Jens-Christian Magnussen (CDU)

und

## **Antwort**

**der Landesregierung** – Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

### **Offshore-Technologie weiter ein wichtiger Bestandteil der Energiewende in Schleswig-Holstein**

Vorbemerkung:

In der Diskussion um die Energiewende ist die Offshore-Technologie als ein Bestandteil verifiziert worden. Auf dieser Grundlage sind bzw. werden HGÜ-Leitungen bereits in Dithmarschen zwischen Büsum und Brunsbüttel verlegt, wo entsprechende Investitionen bereits getätigt worden sind oder getätigt werden sollen. Energiewendeminister Dr. Habeck hat in einem Zeitungsartikel der Dithmarscher Landeszeitung vom 11. Juni 2013 (Windparks auf See: Überflüssig?) erklärt, dass in erster Linie auf Windkraftanlagen an Land gesetzt werden sollte.

Vorbemerkung der Landesregierung:

Die Äußerungen von Minister Dr. Habeck sind in dem genannten Artikel möglicherweise zum Teil verkürzt und aus dem Zusammenhang gerissen wiedergegeben worden. Gegenüber der Deutschen Presseagentur hat der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume am 11.6.2013 folgendes Statement abgegeben:

„Schleswig-Holsteins Energieminister Robert Habeck (Grüne) hält den Vorschlag des Umweltbundesamtes (UBA), die Offshore-Windenergie künftig anders zu fördern als bisher, für prüfenswert. «Es darf keine Schnellschüsse geben», sagte Habeck am Dienstag der Nachrichtenagentur dpa. UBA-Präsident Jochen Flasbarth hat angeregt, die Offshore-Windenergie künftig nicht mehr über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) zu fördern, sondern beispielsweise mit steuerfinanzierten Ausschreibungen. Eine UBA-Studie, über die der «Spiegel» vorab berichtet hatte, sieht Vorteile für Windkraftanlagen an Land.

Habeck sprach sich vor allem für den Ausbau der Windenergie an Land aus, er betonte aber zugleich die Notwendigkeit von Windkraftanlagen auf dem Meer. «Wind an Land ist die günstige Energieform, die Studie bestätigt voll unsere Politik», sagte er. Windstrom aus Schleswig-Holstein mache die Energiewende preiswerter. «Es gilt vor allem, sie auszubauen.» Mit den jetzt ausgewiesenen Windeignungsflächen im Land ist laut Habeck das Potenzial erschöpft.

Offshore gehöre aber auch zur Energiewende. Sie werde «am besten und kostengünstigsten gelingen, wenn wir einen gut austarierten Mix an Erneuerbaren Energien haben.» Aber Offshore habe noch nicht bewiesen, dass es die Kosten senken kann. «Gerade weil wir einen stetigen und sicheren Zubau von Offshore-Anlagen und Investitionssicherheit brauchen, sollte geprüft werden, ob ein solches Modell funktionieren kann, ohne die weit fortgeschrittenen Projekte zu verunsichern.» Das müsste im Rahmen einer umfänglichen zukünftigen EEG-Reform geprüft werden, meinte Minister Habeck.“

Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat in der 17. Legislaturperiode in ihrem Energiekonzept 2010 des Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein unter Ziff. 2.1.1 die Windenergie als Politischen Schwerpunkt unter den Erneuerbaren Energien beschrieben und im weiteren bei der Beschreibung der Meilensteine und Projekte im wesentlichen Punkte genannt, die der verbesserten Nutzung des Onshore-Windpotentials dienen sollen.

In dem Bericht der Landesregierung „Energiewende und Klimaschutz in Schleswig-Holstein – Ziele, Maßnahmen und Monitoring“ (Drs. 18/889) wurde unter Ziff. 3 der volkswirtschaftliche Nutzen der Energiewende und insbesondere auch der Anteil, den die Windenergie hieran hat, dargestellt. In diesem Zusammenhang wird auch auf die im Vergleich zu den fossilen Energieträgern niedrigen Kosten der Windenergie, die bei unter 0,3 Ct/kWh liegen, eingegangen. Die Ziele der Landesregierung zum Ausbau der Windenergie sind unter Ziff. 7 beschrieben.

1. Teilt die Landesregierung diese Beurteilung von Energiewendeminister Dr. Habeck?

Falls ja, wie beurteilt die Landesregierung in diesem Zusammenhang die Einschätzung des Umweltbundesamtes, dass etwa ein Siebtel der Landfläche Deutschlands für Rotoren in Frage komme?

Falls nein, wie beurteilt die Landesregierung dann die Notwendigkeit von Offshore-Windparks?

Siehe Vorbemerkung.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat die Studie „Potenziale der Windenergie an Land“ des Umweltbundesamtes zur Kenntnis genommen. Die in dieser Studie zur Ermittlung des bundesweiten Flächen- und Leistungspotenzials der Windenergienutzung an Land“ gemachten Aussagen wurden im Detail nicht bewertet. Regionalisierte Angaben bezogen auf die einzelnen Bundesländer sind in der Studie nicht gemacht worden.

Die Regierungschefs der norddeutschen Länder haben sich in ihrer Erklärung vom 04.03.2013 zum Ausbau der Erneuerbaren Energien und zur Weiterentwicklung des EEG zur Offshore-Windenergie insoweit mit Blick auf eine Anpassung der Vergütungssätze positioniert, dass für den Bereich der Offshore-

Windenergie die zu erwartenden Lernkurven abzuwarten sind. Angesichts der schon entstandenen Verzögerungen beim Offshore-Ausbau halten die norddeutschen Länder eine Kompensation für die Fälle, die durch Verzögerungen beim Netzausbau das Stauchungsmodell in der geltenden Frist nicht mehr in Anspruch nehmen können, für notwendig. Dieses könnte z.B. durch Anpassung des Stauchungsmodells erfolgen.

2. Im genannten Medienbericht wird eine mögliche Verunsicherung bei fortgeschrittenen Offshore-Projekten erwähnt. Hält die Landesregierung in diesem Zusammenhang öffentliche Spekulationen von Regierungsmitgliedern in Presseveröffentlichungen über Reformen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und die Senkung oder vollständige Abschaffung von Vergütungen für regenerativ erzeugte Energie für geeignet, Verunsicherungen abzubauen?  
Falls ja, wie begründet die Landesregierung diese Auffassung konkret?  
Falls nein, bitte begründen?

Die genannten „öffentlichen Spekulationen“ können nicht nachvollzogen werden. Bundesumweltminister Altmaier hat seit Dezember 2012 Vorschläge für eine kurzfristige Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) vorgelegt. Die Landesregierung hat Vorschläge, die den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien behindert oder verteuert hätten, nachdrücklich zurückgewiesen und eigene Vorschläge entwickelt. Insofern wird auf den Bericht der Landesregierung zur Strompreiskontrolle (Drs. 18/699) verwiesen.

3. Welche Schritte hat die Landesregierung bereits unternommen oder in Vorbereitung, um den Ausbau der Windenergieerzeugung auf See zu stoppen?

Die Landesregierung hat keine Schritte unternommen, um den Ausbau der Windenergieerzeugung auf See zu stoppen und beabsichtigt dieses auch nicht.

4. Welchen wirtschaftlichen und fiskalischen Nutzen hat das Land Schleswig-Holstein heute durch den Ausbau der Windkraftnutzung auf See (Steuereinnahmen, Aufträge für hiesige Unternehmen, Arbeitsplätze, Investitionen) und welcher Nutzen ist bereits erkennbar?

Eine belastbare und seriöse Aussage über den fiskalischen Nutzen (Steuermehreinnahmen) der Windkraftnutzung auf See lässt sich auf der Grundlage des vorhandenen Datenmaterials der Steuerverwaltung nicht treffen. Daten über den wirtschaftlichen Nutzen werden nicht explizit erfasst. Bei der Offshore-Technologie handelt es sich um eine junge und dynamische Branche, die am Anfang der Entwicklung steht. Derzeit werden die ersten Windparks vor der Küste Schleswig-Holsteins errichtet (Nordsee-Ost, Dan Tysk). Die wirtschaftlichen und fiskalischen Effekte werden erst in der Zukunft eintreten, insbesondere dann, wenn die Service- und Wartungsphasen für die Windparks beginnen. Im Rahmen der Errichtungsphase werden bereits jetzt Aufträge an Unternehmen in Schleswig-Holstein sowie deutschlandweit vergeben (z. B. Auftrag an die Werft Nobiskrog zur Errichtung einer Wohnplattform für den Windpark Dan Tysk; die Plattform wird derzeit bei Abu Dhabi MAR Kiel gebaut). Nach Angaben (Stand: 2010) der Windenergie-Agentur WAB sind mehr

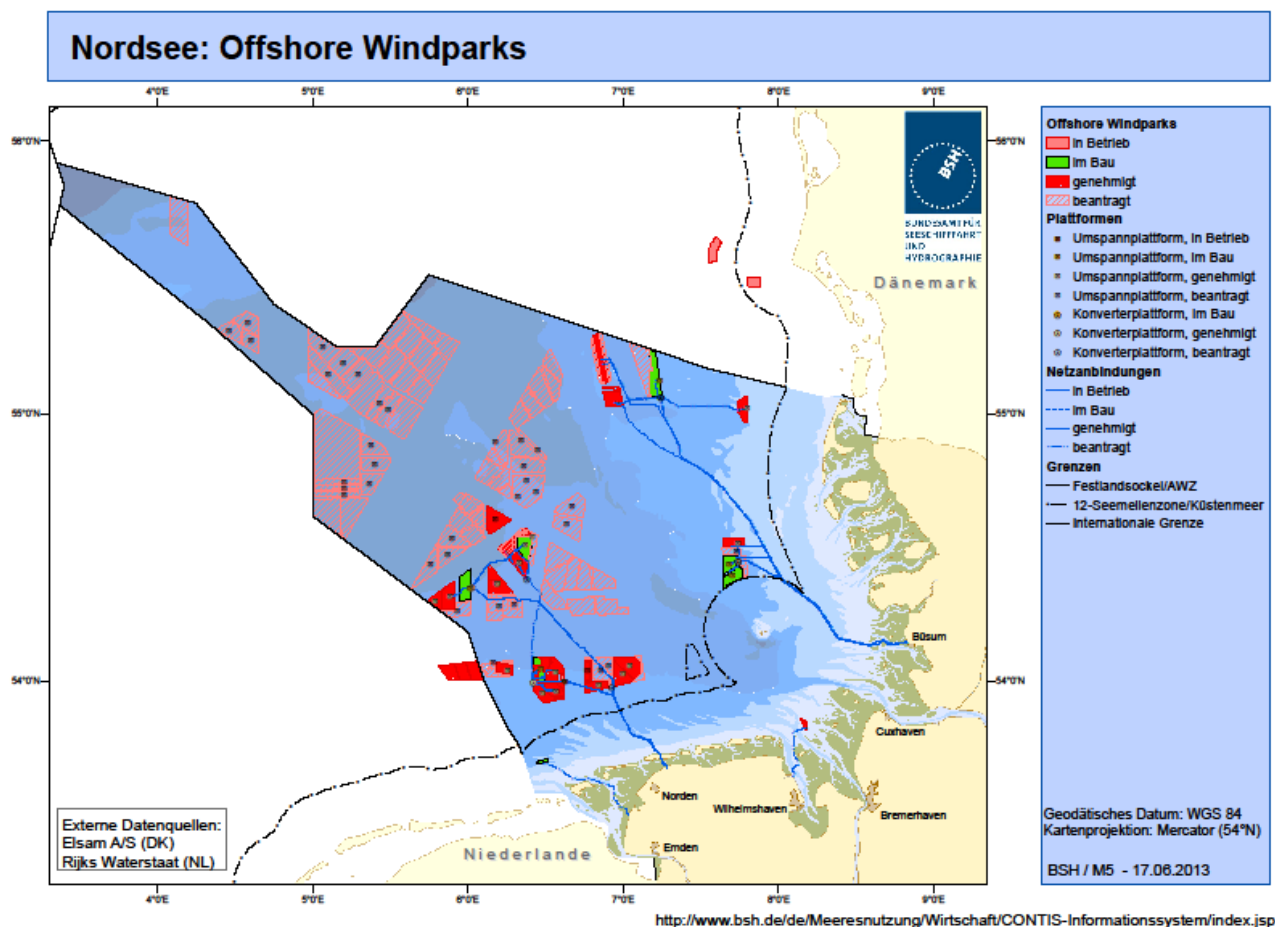
als 14.000 Beschäftigte bundesweit in der Offshore-Windenergiebranche tätig. Angaben für Schleswig-Holstein liegen nicht vor.

5. Wie ist der Stand des Ausbaus der Windkraftnutzung auf See vor der Küste Schleswig-Holsteins?
  - a. Welche Windparks befinden sich derzeit in welchem Stadium der Planung bzw. Realisierung?
  - b. Welche Unternehmen sind daran beteiligt? Bitte tabellarisch darstellen aufgeteilt nach schleswig-holsteinischen Unternehmen, deutschen Unternehmen und ausländischen Unternehmen.
  - c. Wie groß sind jeweils die Investitionssummen bei diesen Vorhaben (ggf. auch Schätzungen)?

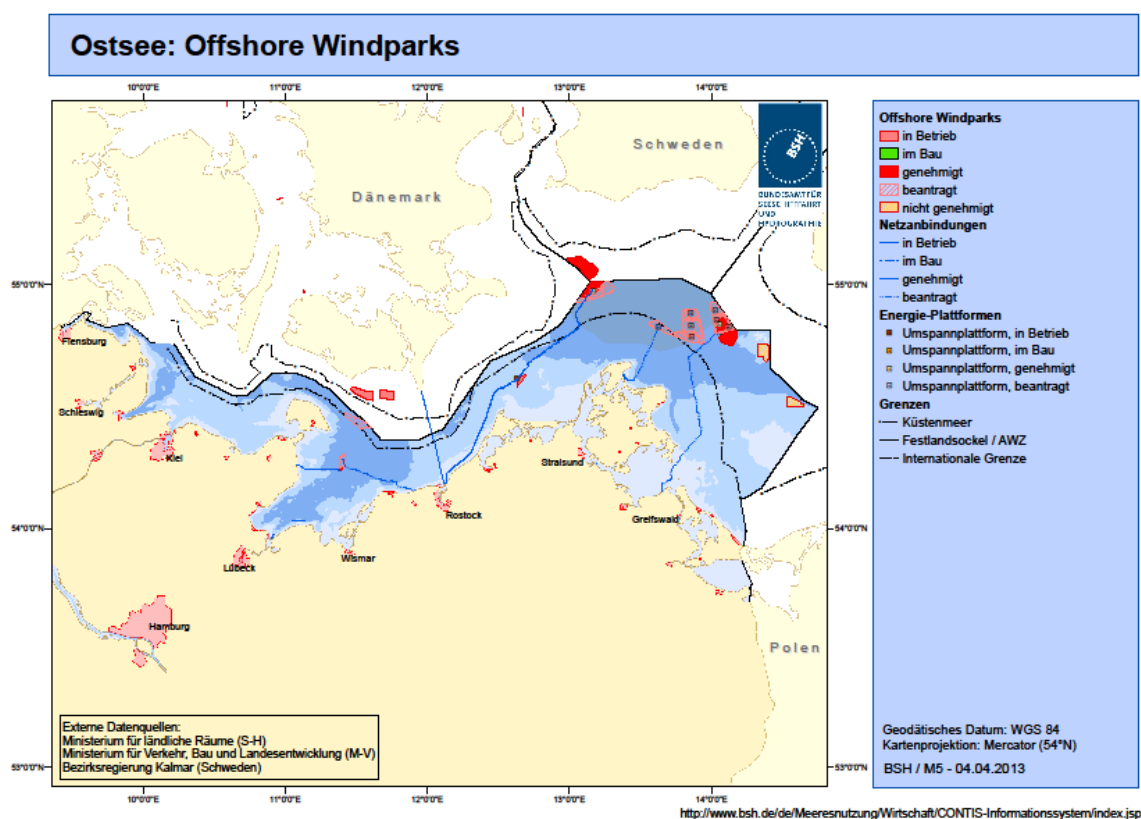
zu a)

Der aktuelle Stand für die geplanten, genehmigten, sich im Bau befindlichen sowie in Betrieb genommenen Offshore-Windparks ergibt sich aus der Darstellung des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie:

Nordsee:



Ostsee:



Zu b):

Die Inhaber der Genehmigungen der Offshore-Windparks werden auf der Internetveröffentlichung des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie <http://www.bsh.de/de/Meeresnutzung/Wirtschaft/Windparks> aufgeführt.

Weitere Informationen über die Beteiligung schleswig-holsteinischer Firmen sowie über Zulieferer oder Dienstleister, die für die Genehmigungsinhaber oder Netzbetreiber tätig sind, liegen nicht vor.

Derzeit werden durch die Gemeinde Helgoland Baumaßnahmen mit dem Ziel durchgeführt, Helgoland als Servicehafen für die Offshore-Windenergie auszubauen (Flächenherrichtung, Kampfmittelräumung, Schaffung einer Kaikante etc.). Sobald die Voraussetzungen geschaffen sind, werden die Offshore-Unternehmen dort die „Suprastruktur“ (Hallen, Büros) errichten; teilweise haben erste Baumaßnahmen zur Errichtung von Wohnungen begonnen, das Unternehmen WindMW hat bereits für seine Mitarbeiter ein Hotel der Gemeinde komplett angemietet.

Folgende Unternehmen sind Inhaber der Genehmigungen der Offshore-Windparks, die bereits in Betrieb sind bzw. mit deren baldigen Baubeginn gerechnet wird (Auszug aus der Veröffentlichung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit „Offshore-Windenergie – Ein

Überblick über die Aktivitäten in Deutschland, Februar 2013):

#### Offshore-Windparks in Betrieb

| Offshore-Windpark | Inhaber Genehmigung            | Leistung | Inbetriebnahme |
|-------------------|--------------------------------|----------|----------------|
| alpha ventus      | Stiftung OFFSHORE-WINDENERGIE  | 60 MW    | 04/2010        |
| Baltic 1          | EnBW Erneuerbare Energien GmbH | 48,3 MW  | 04/2011        |
| BARD Offshore 1   | BARD Engineering GmbH          | 80 MW    | laufend        |

#### Offshore-Windparks im Bau/mit baldigem Baubeginn

| Offshore-Windpark  | Inhaber Genehmigung                           | Leistung | Baubeginn |
|--------------------|-----------------------------------------------|----------|-----------|
| BARD Offshore 1    | BARD Engineering GmbH                         | 400 MW*  | 03/2010   |
| Borkum West II     | Trianel Windkraftwerk Borkum II GmbH & Co. KG | 200 MW   | 09/2011   |
| Riffgat            | Offshore-Windpark Riffgat GmbH & Co. KG       | 108 MW   | 06/2012   |
| Meerwind Süd/Ost   | WindMW GmbH                                   | 288 MW   | 09/2012   |
| Global Tech 1      | Global Tech 1 Offshore Wind GmbH              | 400 MW   | 09/2012   |
| Nordsee Ost        | RWE Innogy GmbH                               | 295 MW   | 09/2012   |
| Dan Tysk           | Vattenfall Europe Windkraft GmbH              | 288 MW   | 02/2013   |
| Amrumbank West     | E.ON Climate & Renewables Central Europe GmbH | 288 MW   | 2013      |
| Borkum Riffgrund I | DONG Energy Borkum Riffgrund I GmbH           | 277 MW   | 2013      |
| Baltic 2           | EnBW Baltic 2 GmbH                            | 288 MW   | 2013      |

Gesamt in Betrieb/im Bau/mit baldigem Baubeginn

2940,3 MW

Weitere, bis 08/2012 genehmigte Projekte

ca. 6000 MW ab 2014

Quelle: Stiftung OFFSHORE-WINDENERGIE Stand: Februar 2013

\*davon 90 MW in Betrieb

zu c)

Zu den Investitionssummen liegen keine Informationen vor.

6. Plant die Landesregierung eine erneute Überarbeitung der Landesentwicklungspläne für eine erneute Ausweitung der Windeignungsflächen?  
 Falls ja, wann und in welchem Umfang?  
 Falls nein, wie bewertet die Landesregierung dann die Unterstützung der Ansichten des Umweltbundesamtes durch den Energiewendeminister Dr. Habeck?

Die Landesregierung plant keine erneute Überarbeitung der in den Regionalplänen festgelegten Windeignungsgebiete.

Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung der Landesregierung verwiesen.